

25.02.13

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Stellungnahme der Bundesregierung zu der Entschließung des Bundesrates zum Gesetz zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-Neuordnungsgesetz - LSV-NOG)

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales hat mit dem Schreiben vom 22. Februar 2013 zu der oben genannten Entschließung des Bundesrates wie folgt Stellung genommen:

Der Bundesrat hat am 2. März 2012 zum Gesetz zur Neuordnung der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV-NOG) eine Entschließung gefasst.

Hierzu möchte ich Ihnen mitteilen, dass der zum Aufbau der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau gebildete Errichtungsausschuss die notwendigen Weichenstellungen und Vorbereitungen getroffen hat, damit der Bundestrger für die landwirtschaftliche Sozialversicherung zum 1. Januar 2013 seine Arbeit aufnehmen konnte. Im Rahmen ihrer Beratungsfunktion hat die Bundesregierung im Errichtungsausschuss ins-besondere bei der Erarbeitung des Personal-, Organisations- und Standortkonzeptes ihr besonderes Augenmerk auf eine an den Interessen der Versicherten und der Beschäftigten orientierte Ausgestaltung gerichtet.

Die wesentlichen Entscheidungen zur Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau werden von den Selbstverwaltungsgremien des neuen Sozialversicherungsträgers auf der Grundlage der Vorbereitung durch den Errichtungsausschuss in diesem Jahr getroffen. Auch in diesen Selbstverwaltungsgremien hat die Bundesregierung eine beratende Funktion; sie nimmt diese Funktion im Sinne einer Umsetzung der im LSV-NOG festgelegten Zielsetzungen wahr.

Die Gewährung von Zuschüssen an die landwirtschaftliche Unfallversicherung obliegt der jährlich neu zu treffenden Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers. Die Freiwilligkeit der Bundeszuschüsse und der damit verbundene Reformanreiz haben sich in jahrzehntelanger Praxis bewährt.

Dr. Ursula von der Leyen